

S 310 EG Ø - B  
~~1500 EG UN - B~~

Quelle

Zeit

Datum

28. Sep. 1979

40

972203

Zum Beginn der 34. UN-Vollversammlung

# Abgestimmte Diplomatie

**Eine europäische Außenpolitik gibt es noch nicht / Von Josef Joffe**

Von der Heiligen Allianz hieß es einst, daß sie weder „heilig“ noch eine „Allianz“ sei. In den Vereinten Nationen sind viele der 152 Mitgliedstaaten keine wirklichen Nationen, und als Kollektiv sind sie alles mögliche, nur nicht „vereint“. Selbst ihr universalistisches Ideal hat sich nie ganz durchsetzen können: Die Schweiz, zum Beispiel, hat von vornherein auf die Mitgliedschaft verzichtet, und Südafrika, der Prügelknabe der Weltpolitik, ist 1974 *de facto* ausgeschlossen worden.

Die Vereinten Nationen sind immer nur ein Spiegelbild (manchmal nur ein Spielball) der Weltpolitik gewesen. Gegründet wurden sie 1945 als Bollwerk des blutig wiederhergestellten Status quo — und, um Amerika möglichst rasch den Rückzug aus der globalen Verantwortung zu erlauben. Schon fünf Jahre später gerieten die UN zur Waffe der Vereinigten Staaten im Kalten Krieg — als die „Uniting for Peace“-Resolution dem amerikanischen Eingreifen in Korea den Siegel einer scheinbar universalen Friedensmission aufdrückte. In den fünfziger Jahren, als die Zahl der Neutralen zu wachsen begann, funktionierten die UN als Stimmenfang-Reservoir der beiden Supermächte. Und seit den sechziger Jahren, als die „Ungebundenen“ eine totale Mehrheit errangen, sind sie zum Kampfinstrument der Dritten Welt geworden. Heute gehören knapp 120 der 152 Mitgliedstaaten zur Dritten und Vierten Welt. In der Generalversammlung, wo die Großmächte kein Vetó einlegen können,

sind automatische Mehrheiten gegen den Westen zwar nicht zur Regel, aber doch zur Routine geworden.

Welche Chancen haben da die Neun der Europäischen Gemeinschaft, ihre Interessen in diesem Vielvölker-Gremium durchzusetzen? Dieser Frage ist Beate Lindemann in ihrer Studie

„EG-Staaten und Vereinte Nationen. Die politische Zusammenarbeit der Neun in den UN-Hauptorganen“; Oldenbourg Verlag, München; 277 S., DM 53,—

mit wissenschaftlicher Akribie und politischer Nüchternheit nachgegangen. Ihre Antwort: „Je geschlossener Staaten als Gruppe auftreten, desto stärker werden sie als Gesprächspartner international aufgewertet und als politischer Faktor in die Überlegungen von Drittstaaten einbezogen.“

Hinter dieser scheinbar trivialen Erkenntnis steht freilich die erstklassige Analyse eines Problems, das Politiker und Politikwissenschaftler seit Beginn des europäischen Experiments gleichermaßen fasziniert hat: Führen die Sachzwänge der wirtschaftlichen Integration zur gemeinschaftlichen Willensbildung im politischen und insbesondere im außenpolitischen Bereich? Obwohl die Autorin die Chance der Neun eher optimistisch einschätzt, hat sie den Blick für den Unterschied zwischen dem „Europa der Mythen“ und dem „Europa der Wirklichkeit“ nie verloren.

In der Tat haben die Neun sowohl innerhalb

972204

als auch außerhalb der Vereinten Nationen ihre größten Triumphe bei der Abfassung von „sehr allgemein formulierten gemeinsamen Erklärungen“ gefeiert. Erklärungen, zumal im Rede- und Resolutions-Parlament der Generalversammlung, sind der kleinste gemeinsame Nenner aller europäischen Außenpolitik, weil sie bestenfalls Absichtsbekundungen, aber keine einklagbaren Verpflichtungen darstellen. Selbst diese harmlose Form der außenpolitischen Konsensbildung findet ihre Grenzen dort, wo es um Kernfragen der internationalen Politik geht — also im Nahen Osten, im südlichen Afrika, bei der Abrüstung (insbesondere bei der Nichtverbreitung von Atomwaffen) und in der Wirtschaft. Wo Sicherheit und die Umverteilung von Ressourcen auf dem Spiel stehen, Probleme also, die den harten Kern der nationalen Souveränität berühren, da wiegt der *sacro egoismo* des einzelnen Nationalstaates allemal schwerer als die Ideale und die Notwendigkeiten des zwischenstaatlichen Zusammenhaltes.

„Nur wenn die EG-Staaten ihr nationales Interesse den gemeinsamen außenpolitischen Zielen der Neun weitgehend unterordnen,“ folgert die Verfasserin, „kann die Zusammenarbeit erfolgreich sein.“ Wer aber definiert diese Ziele — und zu welchem Zweck? De Gaulle hat diese Frage schon Anfang der sechziger Jahre mit brutaler Hartnäckigkeit gestellt, und die Antwort ist auch heute noch die gleiche geblieben: die einzelnen Staaten, und zwar im Dienste ihrer eigenen In-

teressen. Trotz Giscard hat sich auch die heutige französische Politik nicht allzuweit von der Spur des alten Generals entfernt. „Die französische Regierung geht davon aus,“ urteilt die Verfasserin mit feinsinniger Ironie, „daß die Vertretung ihrer Interessen der Sache Europas am besten dient. Sie setzt . . . ihre nationale Interessenlage mit der europäischen gleich.“ Nur: Frankreich ist nicht der einzige Sünder wider die europäische Einheit. In der 31. Generalversammlung 1976 brachte es Frankreich auf 20 Stimmabweichungen von der allgemeinen EG-Haltung — genauso viele wie Dänemark; Irland lag mit 19 knapp unter dem Abweichter-Spitzenwert, und die Bundesrepublik brachte es immerhin auf zehn.

Als Gruppe haben die EG-Staaten in den Jahren von 1973 bis 1977 etwa in der Hälfte aller Abstimmungen einheitlich votiert, wobei das Jahr 1975 mit 65 Prozent einheitlicher Stimmabgaben den bisherigen Höhepunkt darstellt. Dies sind eindrucksvolle Werte, aber noch längst kein unverrückbares Zeichen einer einheitlichen Politik, zumal der Vergleich mit anderen Stimmgruppen im New Yorker Glaspalast fehlt. So wäre es interessant gewesen, zu erfahren, wie stabil etwa die Stimm-Solidarität der „Gruppe der 77“ (die 116 Staaten der Dritten und Vierten Welt) im selben Zeitraum gewesen ist.

Der Schluß, den die Verfasserin aus ihrer bemerkenswerten Untersuchung zieht, ist ambivalent. Einerseits stellt die bestenfalls „abgestimmte Diplomatie“ der Neun noch keine „europäische Außenpolitik“ dar. Andererseits „kann gerade die Summierung und Wiederholung gemeinsamer Standpunkte zur Stärkung von politischen Positionen beitragen“. Dies mag ein unbefriedigendes Fazit sein, aber es umschreibt die außenpolitische Rolle des „werdenden Europas“ mit reichhaltig dokumentierter Präzision. Beate Lindemanns Arbeit hat die beste Chance, in die Reihe der deutschsprachigen Standardwerke über die europäische Integration und die Entwicklung der Vereinten Nationen aufgenommen zu werden.

55